

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

DER KOMMENTAR

JEDE STIMME ZÄHLT!



Kaweh Mansoori
Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Jetzt geht es um jede Stimme. In den Umfragen führt die SPD. Die Chancen stehen gut, dass Olaf Scholz der nächste Bundeskanzler wird und eine Regierung des Aufbruchs führt.

Aber Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse. Für Respekt in der Arbeitswelt, faire Löhne, mehr Tempo für die Energiewende, verlässliche Renten und gleiche Bildungschancen lohnt es sich, in den nächsten Wochen die Ärmel hoch zu krempeln und die Menschen zu überzeugen. Die SPD weiß, was zu tun ist und hat auch einen Kanzlerkandidaten, der es kann.

Die Umfragen zeigen übrigens auch: Wir können in jedem Wahlkreis in Südhessen das Direktmandat gewinnen. Ob an den Haustüren, Infoständen oder in den anstehenden Veranstaltungen – unterstützt bitte unsere örtlichen Bundestagskandidierenden.

Wir wissen auch: Viele Menschen entscheiden sich erst auf den letzten Metern, ob sie wählen und wen. Nutzt bitte jede Gelegenheit des persönlichen Gesprächs. Ich für meinen Teil nehme die SPD-Flyer inzwischen sogar mit an die Tankstelle oder in die Bäckerei. Nutzt bitte jede Gelegenheit am Arbeitsplatz, in der Schule oder an der Uni.

Am 26. September 2021 ist alles möglich.

Kaweh Mansoori

Euer Kaweh

FOTO: PETER JÜLICH

OLAF SCHOLZ IN FRANKFURT

Zusammenhalt. Solidarität. Zugehörigkeit.

Am Donnerstag, 26. August, lud Olaf Scholz zum Zukunftsgespräch auf die Dächer Frankfurts ein. Bei bestem Wetter machte der SPD-Kanzlerkandidat vor 1200 Anwesenden in der Long Island Summer Lounge deutlich, warum eine fortschrittliche Regierung der Zukunft sozialdemokratisch geführt werden muss.

Deutschland und die gesamte Weltgemeinschaft müssen derzeit etliche Krisen meistern. Ob nun in Afghanistan, beim menschengemachten Klimawandel mit all seinen Auswirkungen auf unser Leben oder bei der noch immer weltweit verbreiteten Pandemie durch Covid-19, die unser Leben seit 18 Monaten begleitet und die noch immer nicht überstanden ist. Olaf Scholz zeigte auf, dass es für diese großen Herausforderungen, notwendig ist, einen guten Plan zu haben und die Kompetenz zu besitzen, diesen auch umzusetzen.

Unser Kanzlerkandidat machte deutlich, dass für ihn Respekt an erster Stelle steht. Die Gesellschaft triftete immer weiter auseinander und hält nicht mehr zusammen, wie sie es früher getan hat. Die systemrelevanten Heldinnen und Helden, die uns durch die Corona-Krise geführt haben, verdienen mehr als nur Beifall. Leistungen müssen endlich anerkannt werden, egal ob von Handwerkerinnen und Handwerkern in einer Kleinstadt oder von Straßenpflegerinnen und -pflegern in Frankfurt. Sie alle tragen ihren Teil in unserer Gesellschaft bei und haben daher unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient. Sie brauchen auch eine ordentliche Bezahlung. Hierfür möchte die SPD den Mindestlohn auf 12 Euro anheben. Insgesamt 10 Millionen Menschen in Deutschland würden davon profitieren.

Die zweite große Aufgabe der Zukunft ist das Aufhalten des menschengemachten Klimawandels bei gleichzeitigem Erhalt von Arbeitsplätzen in den kommenden Jahrzehnten. Die Unternehmen und die Industrie sind bereit für umfassende Investitionen in die Zukunft, brauchen aber auch die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür. Die Antwort auf den Klimawandel wird die größte wirtschaftliche und industrielle Modernisierung des Landes in den letzten hundert Jahren bedeuten. Durch den Ausbau des Stromnetzes, der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und der Schaffung von erneuerbaren Energien muss Deutschland bereit gemacht werden für den Modernisierungsprozess, um das Land bis 2045 CO₂-neutral zu machen.

Nach seiner Rede beantwortete Olaf Scholz Fragen aus

dem Publikum. Die Bandbreite der angesprochenen Themen umfasste u.a. die Stärkung der Innenstädte, die gute Bezahlung von Mitarbeitern von Subunternehmen bei öffentlichen Aufträgen, die Absicherung von Solo-Selbständigen im Kulturbereich, die Arbeitssituation von Pflegekräften, die Rente von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern und die bestehende Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Jobsuche.

Auch über Corona wurde in Frankfurt viel diskutiert. Olaf Scholz machte hierbei deutlich, dass wir durch die Impfungen auf einem guten Weg sind. Aber der Schutz der Menschen vor dem Virus hat weiterhin höchste Priorität. Daher müssen die Ungeimpften weiterhin davon überzeugt werden, sich ebenfalls impfen zu lassen. Die aktuellen Einschränkungen und Maßnahmen seien weiterhin notwendig.

Die Umfragewerte für die SPD und ihn selbst bewegen Olaf Scholz. Er betonte, dass er nur Bundeskanzler werden kann, wenn viele ihr Kreuz bei der SPD machen. Dafür werden wir die restlichen Wochen bis zum 26. September kämpfen. (PR)



FOTO: PETER JÜLICH

DAS VIDEO ZUR VERANSTALTUNG KANN AUF DEM YOUTUBE-KANAL DES SPD-BEZIRKS HESSEN-SÜD ANGESCHAUT WERDEN.

OLAF SCHOLZ BESUCHT ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER BEI MERCK IN DARMSTADT

Auf Einladung der Arbeitnehmer:innengremien beim Chemieunternehmen Merck besuchte unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz am Donnerstag, 26. August Darmstadt.

Die Gespräche auf dem Werksgelände von Merck fanden nichtöffentlich statt, trotzdem konnten sich zahlreiche Genoss:innen mit Olaf austauschen: Bei Merck gibt es eine aktive SPD-Betriebsgruppe, die im besten Kontakt mit Betriebsrat und IG BCE-Vertrauensleuten steht.

Ein Besuch bei betrieblichen Mitbestimmungsgremien ist für einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten natürlich ein Heimspiel: Kurzarbeit, die

Krise der Ausbildung, Mitbestimmung und Tarifbindung bildeten den Kern der Themen.

Vertreter:innen der Geschäftsbereiche informierten den Vizekanzler über die vielfältigen Tätigkeitsfelder von Merck. Hierbei war die Herstellung der für Corona-Impfstoffe nötigen Lipide von besonderem Interesse.

Nach einem Besuch des neuen, vollautomatischen Supermarkts im „Innovation Center“ gab es noch eine (je nach Wunsch auch vegetarische) Curry-Wurst, bevor Olaf schon wieder zu seinen nächsten Terminen in Südhessen aufbrechen musste.

Mit dabei waren bei Merck die Kandidatinnen und Kandidaten Alicia Bok-

ler (Hochtaunus-Oberlahn, 176), Andreas Larem (Darmstadt, 186) und Dr. Jens Zimmermann, MdB (Odenwald, 187).

Alicia Bokler, selbst gelernte Biologielaborantin: „Neben dem wissenschaftlichen Know How und gelebtem Forschungsgeist vor Ort haben mich vor allem die bevorstehenden Großprojekte beeindruckt. Das geplante Ausbildungszentrum ist insbesondere im Hinblick auf die weitere Stärkung des dualen Ausbildungssystems, aber auch bezüglich Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ein echter Zukunftsort. So sieht Standort Deutschland aus!“

Der Darmstädter Kandidat und Bürgermeister von Messel, Andreas Larem, stellte fest: „Merck steht für Wissenschaft und Technologie, wie die Stadt, in der das Unternehmen seinen Sitz hat. Gemeinsam, Olaf Scholz und ich, konnten wir uns von dieser innovativen und zukunftsorientierten Kraft, diesem starken Unternehmen überzeugen.“

Dr. Jens Zimmermann, Bundestagsabgeordneter aus dem angrenzenden Wahlkreis Odenwald zeigte sich beeindruckt von der mitbestimmten Unternehmenskultur: „Die Kolleginnen und Kollegen des Betriebsrats bei Merck machen seit vielen Jahren einen hervorragenden Job. Sie verhandeln auf Augenhöhe für die Beschäftigten und sorgen gleichzeitig für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens.“
(JW)



FOTO: SPD-BEZIRK HESSEN-SÜD

Olaf Scholz (Mitte) beim Besuch der Arbeitnehmer:innen von Merck. Links neben ihm die Bundestagskandidierenden Alicia Bokler, Andreas Larem und Dr. Jens Zimmermann, MdB.

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

Wertschätzung der Vielfalt – gegen Diskriminierung in Hessen

Die SPD-Landtagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Hessischen Landtags Heike Hofmann und der Frankfurter Landtagsabgeordnete Turgut Yüksel haben die Hessische Landesregierung aufgefordert, ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen, um jede Form von Diskriminierung zu bekämpfen und eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und Vielfalt in Hessen zu fördern.

Turgut Yüksel sagte dazu: „In unserer Gesellschaft werden Menschen jeden Tag aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Behinderung oder sexuellen Orientierung diskriminiert und diffamiert. Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hat einige Fortschrit-

te gebracht, aber viele Diskriminierungen bestehen direkt oder indirekt weiter.“

Heike Hofmann sagte: „Leider beschränkt sich die schwarzgrüne Landesregierung in ihrer bisherigen Antidiskriminierungspolitik darauf, endlos – und vor allem ergebnislos – zu prüfen, ob und wie die bestehenden gesetzlichen Regelungen vielleicht zu ergänzen wären. Für uns ist klar: Diskriminierende Handlungen müssen rechtliche Sanktionen zur Folge haben. Das lässt sich am besten in einem eigenen Antidiskriminierungsgesetz regeln, weil damit die bestehenden Gesetzeslücken geschlossen werden können.“

Halima Gutale, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

der SPD Darmstadt-Dieburg und Hessen-Süd stellt fest: „In Hessen darf es keinen Platz für Diskriminierung und Rassismus geben, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Mord an Walter Lübcke, NSU, rechter Terror in Halle, Hanau und Polizeiskandale in Hessen sollten für die schwarzgrüne Landesregierung Grund genug sein, dem Landesantidiskriminierungsgesetz zuzustimmen.“

Ein hessisches Antidiskriminierungsgesetz würde eine Schutzlücke schließen, die das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz offengelassen hat. Das Land würde deutlich machen, dass es willens ist, jede Form der Diskriminierung und Rassismus konsequent zu bekämpfen.

Von Heike Hofmann und Halima Gutale

WIR GRATULIEREN

Dora Philipp zum 101. Geburtstag

Dora Philipp aus Frankfurt feierte im Juli ihren 101. Geburtstag. Der SPD-Bezirk Hessen-Süd dankt für die Treue und wünscht alles erdenklich Gute!

Alfred Fuchs zum 99. Geburtstag

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd gratuliert Alfred Fuchs aus Nidda ganz herzlich. Er feiert im September seinen 99. Geburtstag. Ein großes Dankeschön für die Treue.

Eleonore Weyer zum 97. Geburtstag

Eleonore Weyer aus Bischofsheim dürfen wir im September oftmals für ihre Loyalität danken und ihr herzlich zu ihrem 97. Geburtstag gratulieren.

Otilie Leschhorn zum 97. Geburtstag

Eine weitere Jubilarin im September ist Otilie Leschhorn. Sie feiert ihren 97. Geburtstag. Wir senden ein herzliches Dankeschön nach Hungen und wünschen alles Gute zum Ehrentag!

Renate Geyer zum 97. Geburtstag

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd gratuliert Renate Geyer aus Büdingen ganz herzlich. Sie feiert im September ihren 97. Geburtstag. Ein großes Dankeschön für die Treue.

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd
Herausgeber: Kaweh Mansoori
Redaktion: Christiane Gregor
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 299888-120

Fortsetzung Artikel von Seite III

WAS WIRD BESSER UNTER EINEM KANZLER OLAF SCHOLZ?

eine Zweiklassenmedizin zu. Es bedarf daher grundlegender Reformen. Dazu gehört die „Bürgerversicherung“. Die Finanzierung wird so von allen getragen. Dies bedeutet, gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle. Eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen sind das Ziel.

Die Sars-COV-2-19 Pandemie hat die Schwächen in der medizinischen Versorgung deutlich gemacht. Die Missstände in der Pflege, die schon lange existieren, rückten Allen ins Bewusstsein. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Situation für das Pflegepersonal muss sich deutlich verbessern. Hierzu gehört nicht nur eine gute Bezahlung, sondern auch eine Veränderung der Strukturen und Aufwertung des Berufsstandes.

Julia Koerlin

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Stärkung der Tarifbindung – Schlüssel für faire Löhne

Neben einem dringend notwendigen Mindestlohn von 12 Euro, welcher für 10 Millionen Menschen nicht nur einen faireren Lohn, sondern auch eine Rente bedeutet, von der man im Alter gut leben kann, ist ein Versprechen des SPD Wahlprogramms für mich entscheidend: die Stärkung der Tarifbindung. Mehr Tarifbindung ist der Schlüssel für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung in unseren Betrieben. Kurz: Mehr Tarifbindung bedeutet, mehr gute Arbeit. Als DGB-Gewerkschafter ist es mir darüber hinaus ein großes Anliegen, dass der Staat sich nur bedingt in die Kernkompetenzen von uns einmischet. Daher ist der Mindestlohn und die Mindestausbildungsvergütung als Leitplanke zwar notwendig, die tatsächliche Lohnentwicklung sollte

jedoch immer in den Händen derer liegen, die die Situationen in den Betrieben und Einrichtungen, sowie der gesamten Branche kennen und einschätzen können.

Bei einem anderen Thema, der sachgrundlosen Befristung, sieht das anders aus. Hier sind wir als Gewerkschaften und als Betriebs- und Personalräte auf die Hilfe der Politik angewiesen. Es ist ein Widerspruch in sich, dass derzeit eine Befristung ohne Grund mit einem Gesetz begründet und gerechtfertigt wird. Daher ist es wichtig und richtig, dass die SPD und Olaf Scholz an diesem Gesetz nachjustieren werden und die sachgrundlose Befristung schnellstmöglich komplett abgeschafft wird.

Sebastian Cramer

Schriftführer der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen des SPD-Bezirks Hessen-Süd

PARTEI? FAMILIE? BERUF?: DRACHENBERGE IN BENSHEIM

Wahlkampfauftakt des SPD-Bezirks Hessen-Süd



FOTO: JOSEFINE KOEBE

Passend geschmückt zum Wahlkampfauftakt.

Was für die meisten mitten im Leben stehenden Menschen als „Mission Impossible“ gilt, hat der SPD-Bezirk Hessen-Süd als Herausforderung angenommen. Zur Auftaktveranstaltung am 14. August wurden die Bezirksmitglieder zu den Drachenbergen nach Bensheim eingeladen, einer fast magischen Freizeitanlage, die sowohl Jung als auch Alt begeisterte.

„Als aktive Kommunalpolitikerin mit bald vier Kindern stoße ich wie viele andere auch immer wieder an die Grenzen der Parteistrukturen, die nach wie vor nicht darauf ausgelegt sind, den Dreiklang aus Familie, Beruf und Partei zu vereinen,“ bringt Josefine Koebe, eine

der drei Organisatorinnen der Veranstaltung, zum Ausdruck. Zusammen mit Katrin Hechler und Katrin Molter ist sie aber überzeugt, dass unsere Partei dringend die aktive und laute Stimme von Familien braucht, die sich trotz ihrer „Rush Hour“ des Lebens politisch einbringen und mitgestalten.

Gerade während der Pandemie wurde ganz deutlich, dass Familienthemen nach wie vor auf der Prioritätenliste unten stehen. Das läge sicherlich auch an einer mangelnden Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien, was Katrin Hechler als Leiterin eines Frauen-Mentoring-Programms für den Landesverband Hessen angehen möchte. Denn nach wie vor sind es mehrheitlich Frau-

en, die sich für die Familie von der aktiven Parteilarbeit verabschieden oder gar nicht erst hinein finden.

Um dies zu ändern brauche es eben auch vermehrt Formate, die unsere „roten Zwerge“ mitdenken und damit für politisch interessierte Eltern attraktiver und vereinbarer werden. So wie an diesem Samstagvormittag, der die Gelegenheit bot, sich untereinander zu vernetzen und gemeinsam zu formulieren, an welchen Schaltstellen weiter gedreht werden muss, um politische Strukturen familienfreundlicher und damit zukunftsfähiger zu machen. Und all dies in entspannter Atmosphäre, während sich die Jüngsten frei auf den Spielgeräten austoben konnten.

Die vielen glücklichen Gesichter der gut besuchten Veranstaltung gaben dem Bezirksvorsitzenden Kaweh Mansoori, der zeitweise selbst im Kletterturm mit den Jüngsten verschwand, jedenfalls das klare Signal, dass dies erst der Anfang war und der Bezirk auch in Zukunft an dem Thema dran bleiben wird.

Wer seine Gedanken oder Formatsvorschläge teilen oder in Zukunft über Veranstaltungen dieser Art informiert werden möchte, darf sich gerne an josefine@josefinekoebe.de wenden.

Von Josefine Koebe

TERMINE

TONI-SENDER-AKADEMIE

Web-Seminarreihe:
Gesprächsführung &
Verhandeln. Termine:
15.09.21 13.10.21
22.09.21 20.10.21
29.09.21 27.10.21
06.10.21 03.11.21

01. und 02.10.21 Web-Seminar: Interkulturelle Sensibilisierung

10.10.21 Neumitgliederseminar, Darmstadt

15.-17.10.21 Frauen an die Macht, Darmstadt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 069 299888-700, E-Mail: toni-sender-akademie@spd.de oder Internet www.toni-sender-akademie.de

AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AfK)

11.09.21 Hessische Gemeindeordnung, Seminar, Frankfurt

21.09.21 Populismus aus der Mitte der Gesellschaft – Wie kann man kontern? – Online-seminar

22.09.21 Mobilität im Ländlichen Raum – Onlineseminar

22.09.21 Social Media im kommunalen Umfeld – Online-seminar

22.09.21 Bau- und Planungsrecht, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter www.afk-hessen.de/

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

30.09.21 Demokratieforum der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Paulskirche: Demokratie und Repräsentation: Politik für Alle?, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 341415-0, E-Mail: landesbuero.hessenfes.de oder im Internet unter www.fes.de/hessen

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

SEPTEMBER 2021



Von Nancy Faeser,
SPD-Landesvorsitzende und
Vorsitzende der SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in wenigen Tagen entscheiden wir alle, wer in den nächsten Deutschen Bundestag einzieht und wer Deutschland die nächsten vier Jahre regiert. Den Umfragen nach können wir optimistisch sein: Olaf Scholz hat echte Chancen, der neue Kanzler zu werden. Er hat die Erfahrung und Kompetenz, um anstehende Aufgaben erfolgreich zu meistern. Die vergangenen Jahre waren geprägt von Herausforderungen, wie wir es uns nie erträumt hätten. Olaf Scholz hat für die Zukunft einen Plan aufgestellt – mit uns und für uns. Der Plan ist unser Zukunftsprogramm. Entwickelt von uns – aus Respekt vor eurer Zukunft. Es geht um eine lebenswerte Zukunft, eine Gesellschaft des Respekts und ein solidarisches Europa.

Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen. Wir wollen Industrie- und Innovationsstandort bleiben, mit klimaneutralen Produkten und Technologien. Wir wollen mit einer modernen Mobilität weltweit Standards setzen und die Möglichkeiten der Digitalisierung basierend auf unseren Werten nutzen. Wir wollen in unserem Land ein gutes und sicheres Leben ermöglichen. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Wünsche verwirklichen und ihre Ziele erreichen können. Wir wollen eine Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist.

Unsere Gesellschaft lebt von ihrer kulturellen Vielfalt, Kreativität und Verschiedenheit. Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind die Grundlagen für eine starke Gesellschaft, die Extremismus, politischem Hass und gesellschaftlicher Hetze den Kampf ansagt und vor Kriminalität schützt. Aus einer starken europäischen Gemeinschaft ziehen wir die Kraft für eine gemeinsame Friedenspolitik, die Konflikte löst und Menschen über Grenzen zusammenbringt. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wohlstand und Anstand dürfen keine Gegensätze sein. Dafür kämpfen wir mit Olaf Scholz.

Um die richtigen Inhalte für alle Hessinnen und Hessen kämpfen neuerdings in unserer Landtagsfraktion Esther Kalveram und Tanja Hartdegen. Sie verstärken uns im Hessischen Landtag, und dort möchte ich sie auch sehr herzlich willkommen heißen. Esther rückt für Wolfgang Decker nach und Tanja Hartdegen für Torsten Warnecke, der als Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg einen neuen Wirkungskreis hat. Ich wünsche beiden viel Erfolg für die kommenden Aufgaben und immer ein offenes Ohr für alle Hessinnen und Hessen.

Am 26. September zählt eure Stimme. Am 26. September zählt jede Stimme. Machen wir Olaf Scholz zum Kanzler und Deutschland und insbesondere Hessen zu einem Ort voller Respekt. Freuen wir uns auf die Zukunft.

Herzlichst
Nancy Faeser

SAVE THE DATE:

LANDESPARTEI-

TAG 2022 MIT

VORSTANDS-

WAHLEN

VORAUS-

SICHTLICH

AM 26. MÄRZ

IN BAUNATAL

„OLAF SCHOLZ HAT BEWIESEN, DASS ER ES KANN“

DIE SPD STEHT GESCHLOSSEN HINTER IHREM KANZLERKANDIDATEN

Olaf Scholz ist dieser Tage in aller Munde. Durch eine beeindruckende Aufholjagd ist das Rennen um das Kanzleramt offen. Während vor zwei Monaten viele die Sozialdemokratie schon abgeschrieben haben, liegt die SPD erstmals seit 15 Jahren in Umfragen wieder vor der Union. Auch wenn manch einer von diesen Ergebnissen überrascht ist, sind sie das Ergebnis von harter Arbeit, Strategie und Entschlossenheit. „Ich erlebe meine Partei geschlossen und zuversichtlich“, freut sich die Landesvor-

sitzende der hessischen SPD Nancy Faeser. „Nach den Bundestagswahlen 2017 wurden Fehler analysiert und korrigiert. Partei, Kanzlerkandidat und Programm bilden eine Einheit. Das merken auch die Wählerinnen und Wähler.“ Die Zahlen belegen es. In den Umfragen liegt Olaf Scholz deutlich vor seiner politischen Konkurrenz. Er strahlt im Wahlkampf Ruhe, Souveränität und Kompetenz aus, während andere noch dabei sind, ihren politischen Kompass auszurichten.

Fortsetzung auf Seite 2



Man muss die Themen in die Hand nehmen und umsetzen. Nancy Faeser beim Landesparteitag der SPD Hessen in Offenbach

DIREKTWAHLEN

Deirde Heckler möchte Bürgermeisterin der Stadt Breuberg werden.

Rolf Kleta will der nächste Bürgermeister von Büdingen werden.

Dirk Haas will Bürgermeister von Buseck bleiben.

Jürgen Mock stellt sich zur Wiederwahl als Bürgermeister von Ehringshausen.

Philipp Gabriel will Bürgermeister von Frankenau werden.

Jens Nöll möchte zum Bürgermeister von Frielendorf gewählt werden.

Anita Schneider stellt sich zur Wiederwahl als Landrätin des Kreises Gießen.



„OLAF SCHOLZ HAT BEWIESEN, DASS ER ES KANN“

DIE SPD STEHT GESCHLOSSEN HINTER IHREM KANZLERKANDIDATEN

Fortsetzung von Seite 1

Seine Erfahrung als Arbeitsminister, Regierender Bürgermeister von Hamburg, Finanzminister und Vizekanzler zeichnen



Im Wahlkampf müssen alle mit anpacken. Generalsekretär Christoph Degen beim Plakatieren.

sich aus und dienen auch in Hessen als Vorbild. „Scholz hat bewiesen, dass er es kann. Verantwortung übernehmen ist eben etwas anderes, als Macht zu wollen. Kurzarbeitergeld in der Finanzkrise, Wohnungsbau in Hamburg und die Finanzspritzen während der Coronakrise. Ohne Olaf Scholz stünde Deutschland bei Weitem nicht so gut da. Daran sollte sich die schwarzgrüne Regierung in Hessen ein Beispiel nehmen. Regierungsarbeit ist keine PR-Show.“, mahnt Nancy Faeser. „Der Klimawandel wird sich nicht lösen, wenn man sechs Windkraftträder innerhalb eines Jahres baut und dann am Ende noch welche abschaltet.“ Es braucht eine Machermentalität. Deswegen ist die Stärke von Olaf Scholz nicht allein durch die Schwäche der anderen Kandidatinnen und Kandidaten zu erklären, sondern Ergebnis harter Arbeit und Haltung. Die Menschen merken, dass der Antrieb der Großen Koalition die SPD war und von der CDU nicht viel zu erwarten ist. „Wichtig ist, dass wir den Rückenwind nutzen und Menschen überzeugen“, kommentiert Christoph Degen, Generalsekretär der

SPD Hessen, die aktuelle Situation. Die letzten Wochen bis zum Wahltag müssen genutzt werden, um die Menschen von den Ideen und Themen der SPD zu überzeugen. Denn am Ende reicht es nicht nur, einen möglichen Kanzler zu stellen. Es braucht ein solides inhaltliches Fundament: Gute Arbeit mit gerechten Löhnen, Transformation in eine klimafreundliche Industriepolitik, bezahlbare Wohnungen und moderne Mobilität gibt es eben nur mit der SPD. Die Wahl wird sich nicht von allein gewinnen lassen. Man merkt an den Infoständen, dass sich etwas im Land bewegt. Menschen kommen immer mehr auf die SPD zu, setzen sich mit den Inhalten und Ideen auseinander. Aber auch die Partei ist motiviert und überzeugt davon, dass man am 26. September etwas reißen kann. Plakate werden nachbestellt, Infostände sind besetzt, an Türen wird geklopft. Jetzt heißt es im Endspurt, nochmal alles geben und sich nicht auf den Lorbeeren der letzten Tage auszuruhen. Denn diesmal ist alles möglich und klar ist nur eins: Wer Olaf Scholz als Kanzler will, muss SPD wählen! ■

WIR HABEN ES IN DER HAND!

KOMMENTAR VON GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH DEGEN

Die Wahl des 20. Deutschen Bundestags am 26. September 2021 wird mehr denn je richtungsweisend sein. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die von der langfristigen Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie bis hin zur größten Aufgabe der nächsten Jahre Jahre, den Klimaschutz sozialverträglich umzusetzen, reichen.

Bei keiner Wahl zuvor haben auch die Bürgerinnen und Bürger selbst derart deutlich gemacht, dass es für sie um alles geht. Jetzt werden die Weichen für die Zukunft und die nächsten Generationen gestellt. Wir wissen, dass es wieder mehr soziale Politik für Deutschland braucht, wir wollen gute Arbeit und das geht nur mit einem Mindestlohn von zwölf Euro. Wir arbeiten für eine gute Zukunft voller Respekt. Dafür braucht es Chancengleichheit, die bei den Kleinsten in der Kita mit guter Betreuung beginnen muss und bei den Ältesten mit verläSSLicher und bezahlbarer Pflege nicht enden darf. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass auch die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass Olaf der richtige Mann für das Amt des Bundeskanzlers ist.

Jetzt gilt es für alle Genossinnen und Genossen, in den letzten Wochen vor der Wahl noch einmal alles zu geben. Wir haben es in der Hand und mit Olaf den stärksten Kandidaten im Rennen um das Kanzleramt. Deshalb möchte ich euch bitten, sprecht mit euren Fa-

milien, Freunden, Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die Wahl und die Zukunft und lasst uns in den nächsten Wochen noch so viele Menschen wie möglich davon überzeugen, dass es die beste Zukunft für alle nur mit der SPD gibt. ■



Die SPD ist im Wahlkampfmodus.

SPD HESSEN VERABSCHIEDET AUSSCHIEDENDE BUNDESTAGSABGEORDNETE

CHRISTINE LAMBRECHT, SASCHA RAABE UND ULLI NISSEN
VERLASSEN DEN BUNDESTAG

Während viele Kandidatinnen und Kandidaten in der heißen Wahlkampfphase darum kämpfen, einen Platz im Deutschen Bundestag zu erlangen, steht für andere bedauernswerterweise der Abschied an. Drei hessische Bundestagsabgeordnete werden nicht erneut für den Einzug in den Deutschen Bundestag kandidieren. Zählt man die Jahre zusammen, in denen sich Christine Lambrecht, Uli Nissen und Dr. Sascha Raabe für unsere Gesellschaft engagiert haben, entstehen beeindruckende Zahlen: zusammen 116 SPD-Mitgliedsjahre und insgesamt 50 Jahre im Deutschen Bundestag.

Begonnen haben ihre politischen Karrieren auf kommunaler Ebene. Christine startete ihren politischen Werdegang als

Stadtverordnete der Stadt Viernheim, in der sie bis zur Position der Vorsitzenden aufstieg. Ulli engagierte sich am Anfang ihrer politischen Karriere bei den Jusos in Frankfurt, deren Sprecherin sie 1988 wurde. Sascha startete direkt als Bürgermeister der Stadt Rodenbach durch. Noch heute sind sie tief mit ihrer Heimat verbunden. So agiert Ulli noch im Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD und Sascha saß bis zur letzten Kommunalwahl im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises. Auch Christine liegt der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr am Herzen. In den sitzungsfreien Wochen suchte sie immer das Gespräch mit den Einwohnern ihres Wahlkreises.

Zum Ende ihrer Zeit im Deutschen Bundestag konnten alle drei noch einmal große

persönliche Erfolge feiern. Sascha Raabe engagierte sich seit seinem Einzug ins Parlament stets für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe. Umso schöner ist es, dass mit dem Lieferkettengesetz das Beste sozusagen zum Schluss kam. Christine Lambrecht war sehr froh, ihre letzte Rede zu dem zweiten Führungspositionengesetz zu halten, das zu mehr Frauen in Führungspositionen führt. Für Ulli Nissen war es sehr wichtig, in der letzten Sitzungswoche mit dem „Klimaschutz Sofortprogramm 2022“ eine Voraussetzung zu schaffen, um unser Klima zu schützen.

Zum Schluss kann man allen dreien für ihren Einsatz zum Wohle der Gesellschaft nur noch danken. Die hessische SPD wünscht eine entspannte und glückliche Zeit! ■



BILDOUELLE: STEPHANIE PILICK

Christine Lambrecht



BILDOUELLE: SUSIE KNOLL

Sascha Raabe



BILDOUELLE: SUSIE KNOLL

Ulli Nissen

„GUTE ZUSAMMENARBEIT AUF ALLEN EBENEN“

DREI FRAGEN AN DIE NEUE LANDTAGSABGEORDNETE FÜR KASSEL ESTHER KALVERAM

vorwärts Hessen: Liebe Esther, seit Juli bist du als Nachfolgerin von Wolfgang Decker als neue Abgeordnete im hessischen Landtag. Wie ist es dir bisher mit dieser neuen Aufgabe ergangen, wurdest du gut aufgenommen?

Esther Kalveram: Ja, ich bin wirklich gut und sehr herzlich in der Landtagsfraktion aufgenommen worden. Es ist ja immer etwas anderes, wenn man mitten in einer Wahlperiode zu einer schon bestehenden Gruppe hinzustößt, als wenn man gemeinsam anfängt. Mir hat aber sicher geholfen, dass ich ja vorher schon als Referentin für Wolfgang Decker tätig war, mir also sowohl die anderen Abgeordneten als auch die Abläufe im Parlament nicht völlig unbekannt sind. Es ist also nicht alles neu, aber es ist schon anders als vorher.

vorwärts Hessen: Welche Aufgaben übernimmst du innerhalb der Fraktion und welche Themen und Inhalte möchtest du jetzt angehen?

Esther Kalveram: Ich habe mich sehr gefreut, dass ich als „Neuling“ gleich einem so



BILDOUELLE: PRIVAT

wichtigen Ausschuss wie dem Haushaltsausschuss angehören darf. Finanzpolitik ist für mich die politische Querschnittsaufgabe schlechthin. Wichtig ist mir zudem, dass wir Nordhessen auch weiterhin eine starke Rolle in der Fraktion spielen, uns gut miteinander vernetzen und unsere Aufgabengebiete sich ergänzen. Wir sind ja nicht lauter

Einzelkämpfer, sondern wollen gemeinsam stark für die Region sein.

vorwärts Hessen: Du bist nun seit einigen Wochen im Landtag. Wie hat sich das Mandat auf dich persönlich ausgewirkt und deinen Alltag verändert?

Esther Kalveram: Als Abgeordnete hat man keinen 8-Stunden-Tag und keine 5-Tage-Woche. Ich bin quasi ständig mit einer Vielzahl von Themen beschäftigt mit Problemen, die von Bürgerinnen und Bürgern an mich herangetragen werden. Egal, ob es nun um die neuen hessischen Coronaverordnungen, mehr Lärm an der Autobahn oder die Anfrage von Bürgerinnen und Bürgern geht, die sich Sorgen um Freunde oder Verwandte in Afghanistan machen. Oft fallen Dinge gar nicht in meine politische Zuständigkeit, aber wir arbeiten hier vor Ort über alle politischen Ebenen gut zusammen. Wir kümmern uns gemeinsam. Es ist eine auch persönlich schöne Erfahrung, wie gut diese Zusammenarbeit in der nordhessischen SPD-Familie funktioniert. ■

DIREKTWAHLEN

FORTSETZUNG

Frank-Tilo Becher steht zur Wahl als nächster Oberbürgermeister von Gießen.

Henrike Strauch möchte die neue Bürgermeisterin von Glauburg werden.

Lars Obermann will Bürgermeister von Immenhausen werden.

Martin Spichal steht zur Wahl als nächster Bürgermeister der Stadt Maintal.

Michael Hanke bewirbt sich als Bürgermeister von Malsfeld.

Oliver Jung will Bürgermeister von Merenberg, Marktflöhen bleiben.

Dirk Gene Hagelstein möchte Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg werden.

Klaus Missing will der nächste Bürgermeister von Nieste werden.



DIREKTWAHLEN

FORTSETZUNG

Carsten Müller möchte Landrat des Kreises Offenbach werden.

Cäcilia Reichert-Dietzel stellt sich zur Wiederwahl als Bürgermeisterin von Ranstadt.

Michael Gerheim möchte Bürgermeister von Stadt Seligenstadt werden.

Michael Johne will der nächste Bürgermeister von Spangenberg, Liebenbachstadt werden.

Dr. Reinhard Kubat will Landrat von Waldeck-Frankenberg bleiben.

Ralf Vogelmann möchte der nächste Bürgermeister von Wettenberg werden.

Luca Fritsch will Bürgermeister von Willingshausen werden.

MIT WEITSICHT UND KLAREM PLAN ZUM ERFOLG

NADINE GERSBERG, MDL BERICHTET AUS ERFOLGREICHEM KOMMUNALWAHLKAMPF DER SPD OFFENBACH

Jahrzehntlang war die SPD in Offenbach im Rathaus als eine der Regierun-
gskolonnen vertreten. Dann bildete sich 2016 ein Fünferbündnis gegen sie und die SPD fand sich in der Opposition wieder. Für den Unterbezirk war es wichtig, direkt 2021 wieder in die Stadtregierung zu gelangen, um sich nicht in der Opposition „festzusetzen“.

Eine Spitzengruppe des Unterbezirks hat deshalb mit regelmäßigen wöchentlichen Gesprächsrunden bereits eineinhalb Jahre vor der Kommunalwahl sehr frühzeitig mit den Planungen begonnen. Bei dem frühen Kampagnenstart beschränkte sich der UB auf vier klare Botschaften, die kurz und knackig mit möglichst wenigen Worten formuliert wurden, um sie auf den Plakaten schnell erfassbar zu machen, z. B. „Innenstadt anpacken“ oder „Wohnen darf kein Luxus sein“.

Besonderes Augenmerk wurde auch auf die Listenaufstellung gelegt. Sie wurde schließlich so aufgestellt, dass ein buntes und diverses Team dabei herauskam. Natürlich paritätisch aufgestellt, Alt und Jung, mit und ohne Migrationshintergrund, unterschiedliche Berufe, unterschiedliche Lebensentwürfe. Weniger wichtig war dem Unterbezirk dabei das Senioritätsprinzip. Die Kandidatinnen und Kandidaten auf den vorderen Plätzen waren die, die bereits eine große Anhängerschaft mit sich brachten, etwa durch Engagement in einem Verein, in der Schü-

ltervertretung oder als besonders Aktive in den Stadtteilen oder sozialen Bewegungen. Jede und jeder unserer Kandidatinnen und Kandidaten hat mit unserer Aktion „200 Kontakte“ ihre Bekannten in Offenbach dann auch direkt angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Oberbürgermeister Dr.

Felix Schwenke, der in Offenbach eine große Zustimmung erfährt, hat von Anfang an deutlich gemacht: Ich bin Sozialdemokrat und ich brauche eine große und starke SPD-Fraktion, um meine sozialdemokratischen Ziele umsetzen zu können. Er hat als Spitzenkandidat auf der SPD-Liste kandidiert und gegenüber der Öffentlichkeit transparent und deutlich seine Gründe dargelegt. Besonders eindrücklich wurden seine Beweggründe mittels eines professionellen Wahlkampfvideos übermittelt, der über Social-Media-Kanäle geteilt wurde und innerhalb kürzester Zeit sehr hohe Zugriffszahlen erhielt.

Gerade in Zeiten von Corona hat der Unterbezirk sehr viel Wert auf die Social-Media-Kampagne gelegt. Er war auch wie gehabt mit Infoständen während des heißen Wahlkampfes präsent. Aber bereits weit im Vorfeld waren SPD-Mitglieder in



Die stellvertretende UB-Vorsitzende Nadine Gersberg, MdL

FOTO: STEFAN KRÜSCH

den Offenbacher Facebook-Diskussionsgruppen aktiv und konnten hier in Diskussionen auch auf SPD-Positionen aufmerksam machen. Dem Unterbezirk war es dabei wichtig, aus der eigenen „SPD-Bubble“ herauszukommen und auch online mit möglichst vielen Offenbacherinnen und Offenbachern locker ins

Gespräch zu kommen.

Hinzu kamen zahlreiche Unterstützerpostings und eine Wahlkampfzeitung, die eher wie eine Stadtkulturzeitung wirkte, in der bekannte Autorinnen und Autoren, Gastronominnen und Gastronomen Kulturschaffende indirekt für die SPD Offenbach warben.

Der lange und frühzeitig angelegte Wahlkampf hat sich schließlich ausgezahlt: Mit 28,38 % lag die SPD zehn Prozentpunkte vor CDU und Grüne, die mit jeweils ca. 18 % gleichauf lagen. Nach sehr ausführlichen und langen Sondierungsgesprächen mit allen demokratischen Fraktionen führt die SPD nun eine Ampelkoalition mit den Grünen und der FDP an. ■

SPD Offenbach Kommunalwahlen 2016:
24,8 %
SPD Offenbach Kommunalwahlen 2021:
28,4 % (+3,6)

Die SPD Offenbach im Wahlkampf 2021 – ein diverses Team gewinnt.

DAS LAND MUSS DIE TRANSFORMATION MITGESTALTEN

SPD FORDERT STUDIE ZUR AUTOMOTIVE-BRANCHE

„Durch die Transformation der Automobilbranche und ihrer Zulieferer werden in den kommenden zehn Jahren zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen. Es müssen alternative Geschäftsfelder und Beschäftigungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die schwarzgrüne Landesregierung spricht über die Folgen dieser Transformation und die Bedeutung der Automobilbranche und ihrer Zulieferer nur in Sonntagsreden und bleibt jede politische Steuerung der Transformation schuldig. Wohlwissend, dass eine erfolgreiche Industrie für den Erhalt des Wohlstands zentral ist. Den industriepolitischen Dialog, den die Landesregierung auf Drängen der Gewerkschaften eingerichtet hat, füllt sie nicht mit Leben. Die Gewerkschaften beklagen, dass es kein industriepolitisches Engagement der Landesregierung gibt. Dabei hat die Landesregierung klare Handlungsmöglichkeiten zur aktiven Gestaltung der Wirt-



Tobias Eckert, MdB

schafts- und Innovationspolitik“, sagte Tobias Eckert, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, eine Tiefenanalyse im Bereich der Automobil- und Automobilzuliefererindustrie durchführen zu lassen und sich hierbei an der Studie des Thüringer oder des Rheinland-Pfälzischen Wirtschaftsministeriums zu orientieren. Im Rahmen einer Trendanalyse wurden hier zunächst die wichtigsten Veränderungsprozesse, von denen die Branche aktuell und zukünftig betroffen sein wird, ermittelt. Im zweiten Schritt wurde eine Bestandsaufnahme der Branche gemacht. Wichtig dabei ist, möglichst die gesamte Wertschöpfungskette (von Gießereien bis hin zum Maschinen- und Anlagenbau) in den Blick zu nehmen. Aus den Erhebungen sollen dann die Chancen und Risiken der Branche bewertet und

Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Die Konzeption der hessischen Studie sollte in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern erfolgen.“
„In Anbetracht der herausragenden Bedeutung der Industrie für den Wohlstand des Landes fordern wir die Landesregierung darüber hinaus auf, zu prüfen, bei welchen weiteren Industriebranchen eine Analyse durchgeführt werden soll“, so Eckert. ■



VON DEN GIESSEREIEN BIS ZUM ANLAGENBAU:

Die Transformation der Automobilindustrie und ihrer Zulieferbetriebe sozial und gerecht gestalten!

HESSEN
SPD
LANDTAGSFRAKTION



Nancy Faeser, MdB

REFORM DES SEK

Die Neuaufstellung der Spezialeinsatzkommandos (SEK) der hessischen Polizei, die CDU-Innenminister Peter Beuth vorgestellt hat, stößt bei der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag auf Skepsis.

Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, sagte dazu am Donnerstag:

„Die Ursachen, die zum SEK-Skandal geführt haben, verschwinden nicht mit einer Organisationsreform. Statt in einem moderierten Prozess zunächst das demokratische Selbstverständnis der Einheit auf eine neue, feste Basis zu stellen, verordnet der Minister eine rein verwaltungstechnische Reform. Das Grundproblem geht er damit nicht an und erschafft auch kein neues Vertrauen in der Gesellschaft. Dabei muss es gerade auch im Sinne unserer Polizei gerade darum gehen.“

Besonders bedrückend ist, dass der Innenminister nicht willens ist, die Ursache für das Führungsversagen in seinem Verantwortungsbereich zu erkennen: Die mangelhafte politische Führung an der Spitze der Organisation beginnt und endet beim Minister selbst. Wer außer Peter Beuth selbst glaubt noch, dass unter der Verantwortung von Innenminister Beuth ein wirklicher Neuanfang bei der hessischen Polizei möglich ist?“ ■

PSYCHISCHER DRUCK LASTET AUF KINDERN UND JUGENDLICHEN

DAS PRÄVENTIONSBEDÜRFNIS WÄCHST

COVID-19 hat das Leben von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und Hessen beeinflusst und stark beeinträchtigt. Kitas und Schulen waren zeitweise geschlossen, der persönliche Kontakt zu Freundinnen und Freunden äußerst eingeschränkt und eine Freizeitgestaltung außerhalb der eigenen vier Wände gab es nicht. Die Schließungen und Einschränkungen haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Folgen für die Kinder und Jugendlichen werden erst langsam in ihrem ganzen Ausmaß deutlich, denn jedes Lebensjahr ist mit Entwicklungsschritten verbunden, die bedeutsam für den Weg zum Erwachsenwerden sind. Die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aber fehlt in der öffentlichen Wahrnehmung.

Dr. Daniela Sommer, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sagte dazu: „Kinder und Jugendliche leben im ‚Hier und Jetzt‘. Ihre Bedürfnisse dürfen wir nicht auf die Zukunft verschieben. Dazu müssen aber angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die notwendige Generationenverantwortung in der Pandemie ist keine Einbahnstraße, sondern muss in beide Richtungen gehen.“



Dr. Daniela Sommer, MdB

Experten mahnen, dass die Dramatik für die Kinder und Jugendlichen erkannt werden müsse. Die Zunahme von psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen und der damit verbundenen Nachfrage nach Therapieangeboten zeige den immensen Handlungsbedarf. „Wir brauchen Präventions- und Unterstützungsangebote, die in die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen passen. Es fehlt an physischer und sozialer Nähe, Unsicherheiten in sozialen Kontakten und Ängste sind die Folge. Ein Diskurs über psychologische Auswirkungen der Pandemie ist angebracht“, so Dr. Heike

Winter, Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Hessen. Niedrigschwellige Angebote sowie die Suizidprävention und Krisenzentren seien Lösungen, um Kinder und Jugendliche in schwierigen Phasen gut begleiten zu können.

Dr. Daniela Sommer: „Soziale Unterschiede hinsichtlich der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie dürfen sich nicht verschärfen. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, Mittagessen und Nachhilfeunterricht zu richten. Vielleicht ist auch die Einrichtung eines Kinderschutz- bzw. Sorgentelefon ein Mittel zur Hilfe.“

„Die Dramatik der Situation muss erkannt und es muss dringend Abhilfe geschaffen werden“, sind sich Dr. Sommer und Dr. Winter einig. Störungsängste häuften sich, Kinder und Jugendliche fühlten sich ohnmächtig ausgeliefert. „Wir brauchen eine hessenweite Koordinierungsstelle zur Suizidprävention. Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sind akut und wir dürfen nicht auf die Zukunft vertrauen, sondern müssen sofort handeln und Abhilfe schaffen – und zwar jetzt“, so Sommer. ■



Heike Hofmann, MdB.

**LÜCKENLOSE
AUFKLÄRUNG UND
BEANTWORTUNG
DRÄNGENDER
FRAGEN ALS TRAUMA-
BEWÄLTIGUNG**

Mitte Juli hat sich der Untersuchungsausschuss „Hanau“ 20/2 in Wiesbaden konstituiert. Der Ausschuss, der von der SPD-Fraktion gemeinsam mit den Freien Demokraten und den Linken eingesetzt wurde, soll die Geschehnisse rund um den rechtsextremistischen Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020 aufklären. Die Obfrau der SPD-Fraktion des UNA 20/2, Heike Hofmann, anlässlich der Konstituierung: „Zu viele Menschen sind im Februar 2020 in Hanau Opfer von rassistischem Terror geworden. Die Geschehnisse rund um den grausigen Terroranschlag werfen Fragen auf, die bis heute unbeantwortet blieben. Mit der Konstituierung des UNA 20/2 wollen wir klären, wie Behörden in der Tatnacht reagiert haben, wieso der Polizeinotruf nicht erreichbar und warum der Notausgang der ‚Arena‘-Bar verschlossen war. Neun junge Menschen starben, auch der Täter selbst und seine Mutter. Wir wollen alle wichtigen Fragen stellen und diese nicht weiter unbeantwortet lassen.“ Die 48-jährige Rechtspolitikerin Heike Hofmann ist seit dem Jahr 2000 Mitglied des Hessischen Landtags, seit Januar 2019 amtiert sie als dessen Vizepräsidentin. „Wir werden mit dem UNA 20/2 für eine lückenlose Aufklärung sorgen und den Opfern, deren Familien und Angehörigen bei der Bewältigung des Traumas zur Seite stehen“, so Hofmann. ■

FOTO: STEFAN KRUSCH

SPD ERWARTET AUSKUNFT VON SCHWARZGRÜN ÜBER STAND DER ENERGIEWENDE IN HESSEN

Wie ist der Stand der Energiewende in Hessen?, fragt die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag Schwarzgrün. Dafür hat die SPD eine „Große Anfrage“ mit 103 Fragen zu allen Aspekten des Ausbaus erneuerbarer Energien eingereicht. Die Landesregierung muss nun mit einer Frist von zwölf Wochen alle Fragen vollständig beantworten, die der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Grüger, zusammengestellt hat. „Die Energiewende stockt in Hessen mehr als in anderen deutschen Ländern“, erklärte Grüger anlässlich der Einreichung der „Großen Anfrage.“ „Wir wollen genau wissen, wo es in Hessen bei der Energiewende klemmt, um der Landesregierung Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Dafür brauchen wir mehr als die bunten Werbroschüren für die Arbeit des Wirtschaftsministers“.

Die SPD-Fraktion hat der „Großen Anfrage“ eine Vorbemerkung vorangestellt, in der sie die Sorge teilt, dass Hessen die Ziele des Energiegipfels verfehlen könne. Auf dem Hessischen Energiegipfel hatten im Jahr 2011 alle damals im Landtag vertretenen Fraktionen das Ziel der Deckung des Endenergieverbrauchs in Hessen (Strom und Wärme) zu

100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2050 vereinbart. „Die aktuellen Naturkatastrophen zeigen, dass wir auch aus Gründen des Schutzes der Menschen vor katastrophalen Klimaveränderungen (Klimaschutz) den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen müssen.“ Auch Schwarzgrün behauptete dies zu tun. „Die uns bereits vorliegenden Zahlen weisen jedoch auf Stagnation und in Teilen sogar Rückschritt hin“, erläuterte Grüger.

Hier die Vorbemerkung zur „Großen Anfrage“ der SPD-Fraktion im Wortlaut: „Die Energiewende kommt in Hessen nicht richtig voran. Besonders der Ausbau der Windkraft stockt. Während der Ausbau der Windkraft bundesweit die Talsohle durchschritten hat und an Fahrt



Stephan Grüger, MdB.

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

gewinnt, ist in Hessen keine Belebung in Sicht. Im Gegenteil: Bundesweit nahmen die Genehmigungen 2020 um 80 Prozent zu; in Hessen dagegen war ein weiterer Rückgang um zwölf Prozent zu verzeichnen. Laut einer Auswertung der Fachagentur Wind an Land hat sich an dieser für Hessen negativen Entwicklung auch im ersten Quartal 2021 nichts verändert. Die Energiewende ist im Hinblick auf die Windkraftanlagen in Hessen faktisch zum Stillstand gekommen. 2020 wurden hessenweit Windkraftanlagen mit gesamt nur 81 Megawatt installierter elektrischer Leistung genehmigt. Zwischen 2014 und 2016 war der Wert im Schnitt viermal so hoch. Offensichtlich scheitern viele Windkraftprojekte, die in Hessen in Vorrangflächen geplant werden. Von den verbleibenden Projekten wiederum wird meist nur ein Teil der ursprünglich geplanten Anlagen genehmigt. Oft reduzieren die Vorhabenträger in Absprache mit den Genehmigungsbehörden die Zahl der beantragten Anlagen im Laufe des Genehmigungsverfahrens, um zumindest für die verbliebenen eine Genehmigung zu erreichen. Auch in anderen Bereichen geht die Energiewende in Hessen nicht im zur Erfüllung der von der Landesregierung definierten Ziele notwendigen Tempo voran.“ ■

VERNICHTENDES VOTUM DER ANZUHÖRENDE ZUR HOCHSCHULGRÜNDUNG INNENMINISTER BEUTH MUSS GESETZENTWURF ZURÜCKZIEHEN!

Anlässlich der Anhörung des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Gründung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph:

„Das Votum der Anzuhörenden zu diesem Gesetzentwurf kann im Ergebnis nur als vernichtend bezeichnet werden. Insbesondere die rechtlichen Bewertungen verdeutlichen, dass das Innenministerium hier eine Grenzüberschreitung vollzieht. So wurden die Regelungen zum Senat vermehrt als verfassungswidrig bezeichnet. Auch durch die Möglichkeit zur Abberufung des Präsidenten ist laut einer Viel-

zahl der Anzuhörenden die Freiheit von Forschung und Lehre in Gefahr. Das Innenministerium versucht hier, in einer Weise Einfluss zu nehmen, die dem bisherigen Hochschulwesen in keinsten Weise gerecht wird. Wenn Innenminister Beuth die Anzuhörenden ernst nimmt, muss er diesen Gesetzentwurf zurückziehen.“

Kritisch sieht der SPD-Politiker nicht nur die Gefahren für Forschung und Lehre, sondern auch die Änderungen im Personalvertretungsrecht. „Dass für die rund 3.000 Polizeianwärter kein Wahlrecht zum örtlichen Personal-



Günter Rudolph, MdB.

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

rat vorgesehen ist, ist auch aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren und stellt einen Verstoß gegen die Wahlrechtsgrundsätze dar. Dies lässt sich auch nicht durch die Wahl von Vertrauensleuten oder das Wahlrecht zum Hauptpersonalrat kompensieren. Der Ansprechpartner für Studierende ist der örtliche Personalrat. Hier werden die Interessen der Studierenden an der Hochschule wahrgenommen und hier muss auch eine ausreichende Interessenvertretung und damit ein Wahlrecht vorhanden sein. Auch diese Regelung ist verfassungsrechtlich sehr bedenklich.“ ■

LANDESREGIERUNG MUSS MEHR ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG IN SOZIALEN BERUFEN UNTERNEHMEN

Die SPD-Landtagsabgeordneten Lisa Gnadl und Dr. Daniela Sommer kritisieren die Maßnahmen der Hessischen Landesregierung zur Deckung der Fachkräfteversorgung in sozialen Berufsfeldern als unzureichend. Gnadl als sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und Sommer, die gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, hatten zwei „Kleine Anfragen“ zur Beschäftigungssituation sozialer Berufe an die Landesregierung gerichtet (Drucksachen 20/5744 und 20/5745), zu denen nun die Antworten des Sozialministeriums vorliegen.

„Zwar listet Sozialminister Klose (Grüne) eine ganze Reihe von Faktoren auf, warum Beschäftigte in sozialen Berufen oft einen Berufswechsel in Betracht ziehen, wodurch der Fachkräftemangel in diesem Bereich verschärft wird. Diese Gründe reichen hier von Schichtarbeit über mangelnde Aufstiegsperspektiven und die zunehmende Belastung bis hin zu gesundheitlichen Problemen. Aber wie man die Beschäftigten in



Lisa Gnadl, MdL und Dr. Daniela Sommer, MdL

den sozialen Berufsfeldern besser halten kann und welche Maßnahmen dazu nötig sind, dazu schweigt sich der Minister aus“, so die Abgeordnete Gnadl.

Vor allem mit der Antwort auf die Frage der SPD-Parlamentarierinnen, was die Landesregierung unternehme, um die Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld zu verbessern und so dem Stellen- und Berufswechsel entgegenzusteuern, zeigten sich Sommer und Gnadl unzufrieden. „Der Sozialminister ist der Auffassung, dass die Fachkräftesicherung in den sozialen Berufen in erster Linie den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern obliege und sich dieser Sektor dabei nicht von anderen Wirtschaftszweigen unterscheide. Das finden wir sehr naiv, schließlich hängen die Arbeitsbedingungen im Sozialbereich ganz entscheidend vom politischen Rahmen und den zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln ab“, so die Abgeordnete Dr. Daniela Sommer.

Ihre Kollegin Lisa Gnadl veranschaulicht dies an einem Beispiel aus dem Bereich der Kinderbetreuung: „Mit dem Kinderförderungsgesetz gibt das Land Hessen etwa Betreuungsschlüssel vor und regelt auch, wie sich das Land an den Kosten für den Kita-

betrieb beteiligt. Dementsprechend hängen die Arbeitsbedingungen in den Kitas, also zum Beispiel wie viele Kinder auf eine Erzieherin oder einen Erzieher kommen oder wie viel die Kommunen und freien Träger an Gehalt zahlen können, ganz direkt von diesen Landesregelungen ab“, so Gnadl.

Zudem kritisieren Gnadl und Sommer, dass der Landesregierung ein schlüssiges Konzept fehle, um regionalen Unterschieden bei der Fachkräfteversorgung entgegenzusteuern. „In der Antwort auf unsere ‚Kleine Anfrage‘ betont der Sozialminister selbst mehrfach, dass sich der Fachkräftemangel in den sozialen Berufen in Hessen je nach Region sehr unterschiedlich entwickeln wird. In einigen Gebieten wird es kaum Probleme geben, offene Stellen zu besetzen, während sich in anderen Regionen der Fachkräftemangel noch weiter verschärfen wird. Das kennen wir bereits aus der ärztlichen Versorgung. Aber auch für die anderen Sozialberufe braucht es Strategien, um eine flächen-deckende Versorgung mit qualifiziertem Personal in diesem Bereich sicherzustellen“, so Sommer.

„Für den Kitabereich bedeutet das kurz gesagt: Wir brauchen nicht nur Maßnahmen, um etwa mehr Erzieherinnen und Erzieher für die Kitas auszubilden, sondern auch Anreize, dass sich von diesen ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern genügend für eine Kita in einer der ländlichen Regionen Hessens entscheiden“, ergänzt Lisa Gnadl.

Hier erwarte die SPD-Landtagsfraktion entsprechende Initiativen des Sozialministeriums. ■



Nancy Faeser, MdL

KRITISCHE FRAGEN ZUM CORONASCHATTENHAUSHALT – NANCY FAESER: AUCH LANDESANWÄLTIN SIEHT HAUSHALTSRECHT DES PARLAMENTS VERLETZT

Der Hessische Staatsgerichtshof hat Mitte Juli in einer mehrstündigen mündlichen Verhandlung die Normenkontrollanträge der Landtagsfraktionen von SPD und Freien Demokraten zum sogenannten „Corona-Sondervermögen“ der schwarzgrünen Landesregierung behandelt. Nach der Verhandlung sagte die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Nancy Faeser: „Die heutige Sitzung des Staatsgerichtshofs hat uns in unserer Auffassung bestätigt, dass der schwarzgrüne Schattenhaushalt in seiner Ausgestaltung und in seinem Zustandekommen verfassungsrechtlich zweifelhaft war und ist. Vor allem aber ist er unnötig – alles, was die Landesregierung zur Bewältigung der Coronakrise unternehmen möchte, ließe sich auch im ordentlichen Haushalt bzw. in einem Nachtragshaushalt abbilden. Breiten Raum nahm die Frage des sogenannten ‚Veranlassungszusammenhangs‘ ein, also der Umstand, dass sich bei einer Reihe von Maßnahmen, die aus dem Sondervermögen bezahlt werden sollen, kein unmittelbarer Zusammenhang zur Bewältigung der Coronakrise erkennen lässt. Problematisiert hat der Staatsgerichtshof auch, dass mit dem Schattenhaushalt bis 2023 Milliardenausgaben veranlasst werden können, ohne dass die Verwendung der Mittel vom Plenum des Landtags diskutiert und genehmigt wird. Die Landesanwältin hat in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht, dass der schwarzgrüne Schattenhaushalt aus ihrer Sicht das Budgetrecht des Landtags verletzt. Alle Argumente, die der Finanzminister und sein Verfahrensbevollmächtigter zur Verteidigung des Schattenhaushalts vorgebracht haben, waren auffällig schwach.“ ■

FOTO: STEFAN KRUSCH

TRANSPARENZMANGEL BEI SCHWARZGRÜN

SPD FORDERT WEITREICHENDES INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ

Das deutschlandweit schlechteste Informationsfreiheitsgesetz hat laut des von verschiedenen Organisationen erstellten Transparenzregisters 2021 Hessen, obwohl es das jüngste ist. In Fragen der Transparenz ist Hessen mit dem viertletzten Platz aller Bundesländer ebenfalls abgeschlagen.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph dazu am Mittwoch in Wiesbaden: „Hessen gehört auch nach sieben Jahren Regierungsbeteiligung durch die Grünen noch immer zu den Schlusslichtern und sendet damit ein fatales Signal an die Hessinnen und Hessen. Noch immer gibt es keinen ausreichenden Informationszugang und es fehlt ein grundsätzlicher Informationsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen. Jeder muss einen um-

fangreichen Einblick in staatliches Handeln erhalten können. Das sollte übrigens selbstverständlich sein, denn so wird demokratische Meinungs- und Willensbildung gestützt und das fördert die bürgerschaftliche Teilhabe.“

Der SPD-Politiker erinnerte daran, dass seine Fraktion in der letzten Legislaturperiode einen umfassenden Entwurf für ein Transparenzgesetz vorgelegt habe, den Schwarzgrün ablehnte.

„Wir als SPD arbeiten für eine transparente Verwaltung. Hessen braucht ein neues und gutes Transparenzgesetz, das den Kompromiss zwischen der Informationsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger einerseits und den Interessen der öffentlichen Hand andererseits abbildet. Gerade in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und zahlreicher



Günter Rudolph, MdL

Skandale müssen wir Vertrauen zurückerobern und Transparenz schaffen. Innenminister Beuth würde dies übrigens auch gut zu Gesicht stehen, denn Informationen werden zurückgehalten und Transparenz scheint für ihn ein Fremdwort zu sein“, so Rudolph. ■

QUELLE: PETER JÜLICH

WANN KOMMT DAS LANGE ANGEKÜNDIGTE VIDEO-KONFERENZSYSTEM FÜR UNSERE HESSISCHEN SCHULEN?

An hessischen Schulen werden mangels eines eigenen Angebots kommerzielle Videokonferenzsysteme und insbesondere die Plattform Teams für Videokonferenzen genutzt. Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat dies kritisch angemerkt und die Nutzung für problematisch erklärt. Lange war angekündigt, dass die hessischen Schulen mit einem datenschutzkonformen Videokonferenzsystem ins neue Schuljahr gehen sollten – bis das Kultusministerium kürzlich auf Nachfrage der SPD-Fraktion verkünden musste, dass daraus nichts wird. Nach der erneuten Verzögerung bleiben Schulen und Eltern im Nebel, denn Details zu den Ursachen des Debakels oder zur weiteren Planung gab es von der Landesregierung nicht. Um schnell Klarheit zu schaffen, stellte die SPD-Frak-

tion im Landtag nun einen dringlichen Berichts Antrag mit konkreten Fragen.

Die Landesregierung sollte berichten, was die Gründe für das lange Vergabeverfahren seien, welche Hindernisse es aktuell gebe und wann mit der Verfügbarkeit eines Systems zu rechnen sei. „Viele Informationen werden vom Kultusministerium bisher zurückgehalten“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Kerstin Geis. „Es muss jetzt endlich öffentlich gemacht werden, warum dieser Prozess so lange gedauert hat und dann auch noch



Kerstin Geis, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

scheiterte.“ Die Verzögerung der Vergabe nehme den Schulen Planungssicherheit und säe Chaos – in einer Zeit, in der es schon genug andere Probleme gäbe.

Die gängigen, aber nicht datenschutzkonformen Systeme sollten abgelöst werden, was nun vorerst nicht passiere. „Was dieses Hü und Hott für die Schulen, für den Datenschutz und für das ganze Projekt bedeutet, dazu äußert sich die Landesregierung bisher nicht. Im Interesse der Schulen, die sich weiter in der Schwebe befinden, erwarten wir jetzt eine Auskunft, wann die Bereitstellung eines landesweiten Systems kommt.“ Mit einer Antwort der Landesregierung ist Anfang September zu rechnen. „Das heißt, dass wieder in diesen Sommerferien die Chance vertan wurde, geregelt ins neue Schuljahr zu starten“, so Geis. ■

LEHRERMANGEL IM FACH MUSIK NIMMT DRASTISCHE AUSMASSE AN

SCHWARZGRÜN OHNE KONZEPT

In Hessen unterrichten 5.644 Lehrkräfte das Fach Musik ohne entsprechende Lehramtsausbildung. Das ergab die „Kleine Anfrage“ der SPD zum „Lehrermangel im Fach Musik“. Im vergangenen Schuljahr seien dies allein im Gymnasialbereich, wo es um weit mehr als nur Grundlagen geht, zwölf Prozent der Musiklehrkräfte gewesen. An anderen Schulformen sei der Anteil deutlich höher.

„Musik zählt seit Langem neben Religion, Sport, Englisch, Naturwissenschaften und Kunst zu den Mangel-fächern in Hessen, insbesondere aber nicht nur an Grundschulen. In Hessen übersteigt der Bedarf das Angebot so deutlich, dass für den Unterricht immer mehr ‚Lehrkräfte‘ ohne Lehramt, Lehrbefähigung oder Unterrichtserlaubnis eingesetzt werden, nur um die Studentafeln irgendwie grundsätzlich zu erfüllen. Mangelverwaltung à la Lorz bedeutet Abstriche bei der Qualifikation der Lehrkräfte und damit eine Entwertung des Fachs Musik“, kritisiert der bildungspo-

litische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen. Für die Landesregierung genüge es schon, wenn „musikaffine“ Lehrkräfte den Unterricht übernehmen.

Den Mangel auf diese Art zu kaschieren, führe auf Dauer zu massiven Defiziten der musisch-künstlerischen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, was gerade vor dem Hintergrund der mangelhaften Mu-



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

sikschulförderung in Hessen fatal sei. Besonders perfide sei die Rechtfertigung der Regierung. Laut Kultusministerium sei dies aus pädagogischen Gründen sogar gewollt. „Würden wir diese Einstellung von Schwarzgrün zum Fach Musik auf das Hauptfach Deutsch übertragen, wäre der Aufschrei sicher riesig. Niemand würde es gutheißen, wenn ‚deutschaffin‘ als Qualifikation für Deutschunterricht ausreicht“, so Degen. „Statt Probleme anzugehen, wird der Mangel schön geredet. Das ist das Grundproblem von schwarzgrüner Schulpolitik.“

Die SPD-Fraktion fordere die Landesregierung auf, zur Behebung des Lehrermangels den Blick auf andere Bundesländer zu richten und offensichtlich unattraktive eigene Angebote aus dem Verkehr zu ziehen. „Wenn an einem zweijährigen Weiterbildungskurs in den letzten drei Jahren (2019 bis 2021) nur 20 Lehrkräfte teilgenommen haben, um sich für das Fach Musik zu qualifizieren, dann sollte man sich ernsthaft fragen, wie sinnvoll die Maßnahme ist. Da erscheint uns die Idee, Musik als Didaktikfach ins Lehramtsstudium zu integrieren, eine bessere Alternative zu sein. Auf jeden Fall brauchen wir eine Aufwertung des Berufs und mehr Anreize, sich entsprechend fortzubilden“, so Degen. ■

Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Bijan Kaffenberger, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

LANDESREGIERUNG KANN VERANTWORTUNG FÜR PRÜFUNG DER LUCA-APP NICHT ABGEBEN

Bijan Kaffenberger hat Schwarzgrün vorgeworfen, sich vor der politischen Verantwortung für mögliche Sicherheitslücken in der Luca-App wegzuducken. Hessen hatte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gebeten, den Quellcode der App auf Angriffspunkte für Cyberattacken gegen die Gesundheitsämter zu prüfen. Auf Weisung des Bundesinnenministeriums hat das BSI die hessische Anfrage abgelehnt.

Kaffenberger: „Der Digitalausschuss des Hessischen Landtags hat auf Initiative der SPD über mögliche Probleme bei der Luca-App diskutiert. Dabei ging es ausdrücklich um die Sicherheit der Schnittstellen zu den Gesundheitsämtern, um die Konformität der App mit den datenschutzrechtlichen Regeln und darum, ob und in welcher Form der hessische Datenschutzbeauftragte in die Beschaffung für Hessen eingebunden war. Damals hat Schwarzgrün versichert, dass alles sicher sei. Dass die Landesregierung nun das BSI um eine umfassende Prüfung des Quellcodes gebeten hat, macht deutlich, dass unsere Sicherheitsbedenken berechtigt waren. Offensichtlich sucht man nach einem Weg, die Verantwortung abzuladen.“

Wenn Schwarzgrün eine Gesamtprüfung der App als notwendig erachte, dann müsse sie eine solche Prüfung in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung vornehmen. „Die Beschaffung und die Prüfung der App ist Ländersache. Das bedeutet: Hessen trägt die Verantwortung auch dafür, dass die Gesundheitsämter in den Kommunen vor Cyberattacken geschützt sind. Diese Verantwortung lässt sich nicht an eine Bundesbehörde abschieben“, so Kaffenberger. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring
(verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Cord Wilke
Willy Witthaut
Gloria Rümer

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden